

Allgemeine Geschäftsbedingungen für Bewerber

Präambel

1. Die JobBuffer-Onlineplattform dient der Personalsuche, auf der Unternehmen ihre Stellenanzeigen veröffentlichen und Bewerber mit diesen in Kontakt treten können. Über die Plattform wird die Verbindung zwischen Unternehmen und Bewerbern hergestellt.
2. JobBuffer stellt dabei allein die Plattform zur Verfügung. Ein mögliches Arbeitsverhältnis wird ausschließlich zwischen den Bewerbern und den Unternehmen abgeschlossen und nicht zwischen den Parteien und JobBuffer.
3. Die folgenden AGB legen die Bedingungen für die Nutzung der JobBuffer-Onlineplattform durch die Bewerber fest.

§ 1 Maßgebliche Bestimmungen

1. Diese Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) gelten für alle Vertragsverhältnisse in Bezug auf den SaaS-Dienst in Form der JobBuffer-Onlineplattform, nachfolgend „Software“ oder „Plattform“ genannt, zwischen der JobBuffer GmbH, vertreten durch die Geschäftsführer Christian Zweckerl, Christian Wurm, Maryna Zhygadlo, Leopoldstr. 37a, 80802 München (im Folgenden „JobBuffer“ oder „Anbieterin“) und Bewerbern (im Folgenden „Nutzer“), die über die Plattform Kontakt zu Unternehmen bzgl. Stellenausschreibungen aufnehmen wollen. Die Geschäftsbedingungen gelten auch, wenn sie bei späteren Verträgen nicht erwähnt werden.
2. Die Bezeichnung „Dienst“ oder „Dienstleistung“ umfasst das Vertragsverhältnis unmaßgeblich des entsprechenden Vertragstyps. Die Software wird als webbasierte Cloud-Lösung betrieben. Dem Nutzer wird ermöglicht, die auf den Servern von JobBuffer bzw. eines von JobBuffer beauftragten Dienstleisters gespeicherte und laufende Software über eine Internetverbindung während der Laufzeit dieses Vertrags für eigene Zwecke zu nutzen und seine Daten mit ihrer Hilfe zu speichern, zu bearbeiten und zu veröffentlichen.
3. Diese Geschäftsbedingungen gelten auch bei abweichenden Geschäftsbedingungen des Nutzers, es sei denn, diese werden von JobBuffer schriftlich anerkannt. Die Geltung entgegenstehender oder abweichender Geschäftsbedingungen ist ausgeschlossen, auch wenn JobBuffer ihnen nicht ausdrücklich widerspricht oder Leistungen vorbehaltlos annimmt.
4. Individuelle Absprachen sowie Nebenabreden und Ergänzungen haben Vorrang zu den Geschäftsbedingungen, soweit sie schriftlich festgehalten wurden.

§ 2 Registrierung/ Nutzung der Plattform/ Nutzungsrechte des Nutzers

1. Zur Nutzung der Plattform als Bewerber sind voll geschäftsfähige natürliche Personen berechtigt.
2. Die Nutzung der erweiterten Dienste (über die Suche von Stellenanzeigen hinaus) setzt eine Registrierung mit Angabe der Kontaktdaten des Nutzers (E-Mail und Namen) und die Vergabe eines Passwortes voraus. Die von JobBuffer abgefragten persönlichen Daten und Adressen sind vollständig und korrekt anzugeben.
3. Die Registrierung und Nutzung der Plattform ist für Bewerber kostenfrei. Eine Registrierung erfolgt nur, wenn der Nutzer zuvor die Einbeziehung dieser

Allgemeinen Geschäftsbedingungen verbindlich anerkannt hat. Ein Anspruch auf Registrierung besteht nicht. Mit der Registrierung entsteht zwischen dem Nutzer und JobBuffer ein vertragliches Nutzungsverhältnis.

4. Bei der Registrierung gibt der Nutzer seine E-Mail-Adresse an, welche als zukünftiger Benutzername gilt, und wählt ein Passwort. Das Zugangspasswort kann jederzeit vom Nutzer geändert werden und muss in jedem Fall geheim gehalten werden. Nach erfolgter Registrierung erhält jeder Nutzer ein Nutzerkonto. Eine Registrierung kann auch über Drittanbieter wie zum Beispiel LinkedIn, Google oder Gitlab erfolgen. Die o. g. Daten werden sodann über den Drittanbieter an JobBuffer übertragen.
5. Der Nutzer kann sich auf der Plattform ein Profil anlegen und Stellenausschreibungen von Unternehmen einsehen. Zudem kann der Nutzer Bewerbungen an Unternehmen auf ausgeschriebene Stellenausschreibungen versenden und ggf. bereits Bewerbungsunterlagen übermitteln.
6. Die Bewerbung auf Stellenausschreibungen wird an die Unternehmen weitergeleitet. Das Unternehmen wird sodann den Nutzer direkt kontaktieren. Eine Korrespondenz über die Plattform findet nicht statt.
7. Ein Arbeitsverhältnis wird über die Plattform nicht abgeschlossen. Die Stellenausschreibungen sind kein verbindliches Angebot, sondern nur eine Aufforderung an den Nutzer, sich auf die ausgeschriebene Stelle zu bewerben. Insoweit ein Vertrag zwischen dem Nutzer und dem Unternehmen zustande kommt, wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass das Vertragsverhältnis ausschließlich zwischen dem Nutzer und dem Unternehmen geschlossen wird, nicht zwischen den Parteien und der Anbieterin der Plattform. Auch ist die Anbieterin nicht für die Stellenausschreibung, die Kommunikation und deren Inhalt zwischen dem Nutzer und dem Unternehmen verantwortlich oder hierin involviert. Die Anbieterin ist weder für ein Zustandekommen des Vertrages zwischen den Parteien noch für dessen Inhalt und Abwicklung in irgendeiner Weise verantwortlich und agiert nicht als Stellvertreterin, Botin oder Empfangsbevollmächtigte der Parteien.
8. Die Anbieterin räumt dem Nutzer für die Laufzeit des Vertrags das nicht ausschließliche, nicht übertragbare und zeitlich auf die Dauer des Nutzungsvertrags beschränkte Recht ein, die Benutzeroberfläche der Software zur Anzeige auf dem Bildschirm in den Arbeitsspeicher der vertragsgemäß hierfür verwendeten Endgeräte zu laden und die dabei entstehenden Vervielfältigungen der Benutzeroberfläche vorzunehmen. Aufgrund der Ausgestaltung der Software als Cloudsoftware werden dem Nutzer keine weitergehenden urheberrechtlichen Nutzungsrechte an der Software eingeräumt. Dem Nutzer wird insbesondere kein Recht gewährt, den Dienst zu ändern, anzupassen oder zu übersetzen oder davon abgeleitete Werke zu erstellen. Nichts in dieser Vereinbarung ist so auszulegen, dass der Nutzer durch Schlussfolgerung oder anderweitig das Recht hat, den Quellcode für die im Dienst enthaltene Software zu erhalten. Sofern nicht anderweitig durch geltendes Recht untersagt, sind die Disassemblierung, Dekompilierung oder das Reverse Engineering und die sonstige Ableitung des Quellcodes der im Dienst enthaltenen Software verboten.

§ 3 Laufzeit/ Kündigung

1. Soweit nicht anders vereinbart, wird der Nutzungsvertrag zwischen JobBuffer und dem Nutzer auf unbestimmte Zeit geschlossen und kann von beiden Seiten ohne Einhaltung einer Frist ordentlich gekündigt werden. Die Kündigung kann durch

Erklärung gegenüber der jeweils anderen Partei in Schrift- oder Textform (z. B. per E-Mail, Fax oder Brief) erfolgen.

2. JobBuffer behält sich das Recht vor, bei Vorliegen eines wichtigen Grundes, insbesondere bei Verstößen gegen diese AGB und sonstigen Vertragsverpflichtungen, oder bei Störungen, Missbrauch oder Rufschädigung, das Nutzungsverhältnis mit sofortiger Wirkung zu kündigen und zu sperren. Eine erneute Anmeldung/ Registrierung ist in diesem Fall frühestens nach 6 Monaten wieder möglich. Ob bei einer erneuten Anmeldung nach vorstehender Frist eine erneute Registrierung erfolgt, steht im Ermessen von JobBuffer und hängt von der Dauer und der Schwere der Verfehlungen ab. Ein Rechtsanspruch auf Registrierung besteht nach Ablauf der Frist nicht.
3. Mit Beendigung des Nutzungsvertrages ist die Anbieterin berechtigt, das Nutzerkonto des Nutzers unwiderruflich zu löschen. Personenbezogene Daten, welche für die Anbieterin im eigenen Interesse stehen, bleiben davon unberührt, um Dritten, insbesondere Behörden, gegenüber Rechenschaft abzulegen. Die der Anbieterin während des Vertragsverhältnisses übermittelten Inhalte darf diese 3 Jahre bis zum Ende des Jahres gespeichert halten. Danach ist sie verpflichtet, diese zu löschen.

§ 4 Besondere Pflichten des Nutzers

1. Der Nutzer ist verpflichtet, bei Anmeldung seine persönlichen Daten richtig und vollständig anzugeben und JobBuffer Änderungen dieser Daten unverzüglich mitzuteilen.
2. Der Nutzer muss für den Zugriff auf sein Nutzerkonto ein Passwort festlegen. Das Nutzerkonto darf nur durch ihn persönlich genutzt werden. Er darf die Zugangsdaten nicht an Dritte weitergeben und hat sicherzustellen, dass Dritte nicht durch unsichere Passwörter (die Anforderungen an das Passwort werden während der Passwortvergabe von JobBuffer angegeben) oder durch Speicherung oder andere Sicherung Dritte unbefugten Zugang zu seinem Nutzerkonto erhalten. Er ist für alle mit seinem Nutzerkonto in Verbindung stehenden Aktivitäten selbst verantwortlich. Der Nutzer ist zudem dazu verantwortlich, seine Vertragsdaten in seinem Nutzerkonto zu aktualisieren, insoweit sich diese im Verlauf des Vertragsverhältnisses ändern.
3. Es ist untersagt, Mechanismen, Software oder sonstige Skripte in Verbindung mit der Nutzung von der Plattform zu verwenden, die die Funktionalität oder die Erreichbarkeit der Plattform beeinträchtigen oder von der Anbieterin erstellte und verwaltete Inhalte zu verändern, zu löschen oder zu überschreiben.
4. Der Nutzer ist für die von ihm auf der Plattform veröffentlichten Inhalte selbst verantwortlich. Es ist insbesondere untersagt, falsche, wahrheitswidrige, irreführende, wettbewerbswidrige oder rechtswidrige Inhalte, sowie Inhalte, an denen der Nutzer keine Verwertungsrechte hat, zu veröffentlichen oder über die Plattform zu versenden. Der Nutzer ist dazu verpflichtet, die von ihm veröffentlichten oder versendeten Daten und Informationen aktuell zu halten und unverzüglich zu aktualisieren, insoweit sich Änderungen ergeben sollten.
5. Der Nutzer ist dazu verpflichtet, die Anbieterin über ungewöhnliche Aktivitäten, bei einem Fremdzugriff oder Verdacht auf Fremdzugriff in Kenntnis zu setzen und unverzüglich sein genutztes Passwort zu ändern.

§ 5 Besondere Rechte JobBuffers

1. JobBuffer kann die Nutzung der Plattform oder einzelner Funktionen an bestimmte Voraussetzungen knüpfen, wie z. B. Prüfung der Anmeldedaten oder Nutzungsdauer. Die Anbieterin kann insbesondere unter bestimmten Voraussetzungen die Aktivitäten eines Nutzers blockieren und von weiteren Voraussetzungen wie einer vorherigen Verifizierung oder Prüfung von Beschwerden abhängig machen.
2. Die Anbieterin behält sich im Falle missbräuchlicher Verwendung von Dienstleistungen der Anbieterin oder anderen Nutzern durch den Nutzer sowie bei Verstoß des Nutzers gegen die Vertragsbedingungen, Qualitätsrichtlinien, Plattformgrundsätze oder geltendes Recht nach Mahnung durch die Anbieterin gegenüber dem Nutzer zur Unterlassung dieses Verhaltens vor, das jeweilige Nutzerkonto und/oder die betroffene/n Stellenausschreibung/en nach Ankündigung bis zur Klärung der Sachlage inaktiv zu schalten, bzw. nach außerordentlicher Kündigung zu löschen.
3. Die Anbieterin ist berechtigt, auf sämtlichen Seiten der Plattform Werbung, auch von Dritten, einzublenden, insoweit dies nicht anders vertraglich vereinbart ist. Die Anbieterin behält sich vor, jederzeit das Aussehen, den Aufbau und die Funktionsweise der Plattform und deren Unterseiten ohne Zustimmung des Nutzers zu ändern bzw. die Nutzung von Funktionen nur unter bestimmten Bedingungen zu ermöglichen, insoweit hierbei die vertraglich geschuldeten Leistungen nicht gemindert werden.
4. Der Nutzer räumt der Anbieterin für die Zwecke der Vertragsdurchführung das Recht ein, die von der Anbieterin für den Nutzer zu speichernden Daten vervielfältigen zu dürfen, soweit dies zur Erbringung der nach diesem Vertrag geschuldeten Leistungen erforderlich ist. Die Anbieterin ist auch berechtigt, die Daten in einem Ausfallsystem bzw. separaten Ausfallrechenzentrum vorzuhalten. Zur Beseitigung von Störungen ist die Anbieterin ferner berechtigt, Änderungen an der Struktur der Daten oder dem Datenformat vorzunehmen.
5. Die Anbieterin sichert die Daten des Nutzers auf dem von der Anbieterin verantworteten Server regelmäßig auf einem externen Backup-Server. Der Nutzer kann diese Daten jederzeit zu Sicherungszwecken speichern und ist verpflichtet, dies in regelmäßigen üblichen Abständen zu tun.
6. Die Anbieterin erhält keine weitergehenden Nutzungs- oder Verwertungsrechte als die oben benannten.
7. Die Anbieterin ist berechtigt, diese AGB jederzeit einseitig zu ändern, soweit schwerwiegende – nicht von der Anbieterin beeinflussbare – Gründe, die zu einer unvorhersehbaren Änderung des vertraglichen Äquivalenzverhältnisses führen und daher unter Berücksichtigung der Interessen des Vertragspartners eine Änderung erfordern, dies erforderlich machen. Änderungen sind nur möglich, insoweit diese den Nutzer nicht unangemessen benachteiligen oder gegen Treu und Glauben verstoßen. Über eine Anpassung wird der Nutzer 6 Wochen vorher unter Mitteilung des Inhaltes der geänderten Regelungen per E-Mail informiert. Diese E-Mail enthält die geänderten AGB sowie einen Hinweis auf das Widerspruchsrecht, die Widerspruchsfrist und deren Folgen bei Unterlassung des Widerspruchs. Die Änderung wird Vertragsbestandteil, wenn der Nutzer nicht binnen 14 Tagen nach Zugang der Änderungsmitteilung der Einbeziehung in das Vertragsverhältnis gegenüber der Anbieterin in Schrift- oder Textform widerspricht. Mit Ablauf dieser Frist werden die AGB für den Nutzer gültig. AGB der vorherigen Fassung verlieren nach Ablauf der Zustimmungsfrist ihre Wirksamkeit.

§ 6 Haftung

1. JobBuffer übernimmt keine Haftung für die Rechtmäßigkeit, Richtigkeit und Vollständigkeit der vom Unternehmen eingestellten Stellenausschreibungen und Informationen. JobBuffer übernimmt insbesondere keine Garantie für ein Zustandekommen eines Arbeitsverhältnisses und haftet auch nicht für etwaige Ansprüche der Parteien (Bewerber und Unternehmen) untereinander.
2. Die Anbieterin übernimmt keine Haftung für die Rechtmäßigkeit, Richtigkeit und Vollständigkeit der vom Nutzer oder Unternehmen eingestellten Informationen.
3. Schadensersatzansprüche aus Delikten sind ausgeschlossen, es sei denn, der Schaden wurde vorsätzlich oder durch grobe Fahrlässigkeit verursacht.
4. Bei leichter Fahrlässigkeit haftet die Anbieterin nur durch Verletzung einer wesentlichen Vertragspflicht bzw. bei Vorliegen von Verzug oder Unmöglichkeit.
5. Die Haftung aus leichter Fahrlässigkeit, aus Delikten sowie aus Ersatz vergeblicher Aufwendungen besteht nur bei Schäden, die vorhersehbar und typisch sind.
6. Eine Haftung für entgangenen Gewinn, für Schäden aus Ansprüchen Dritter gegen die Anbieterin sowie für sonstige Folgeschäden ist ausgeschlossen.
7. Die vorgenannten Haftungsbeschränkungen gelten auch bei Handlungen von Verrichtungs- und Erfüllungsgehilfen von der Anbieterin.

§ 7 Freistellung von Ansprüchen Dritter

1. Für die Inhalte, die der Nutzer auf die Plattform lädt oder über diese versendet, ist dieser selbst verantwortlich. Die Anbieterin nimmt grundsätzlich von Inhalten ihrer Nutzer keine Kenntnis und prüft die mit der Software genutzten Inhalte grundsätzlich nicht.
2. Der Nutzer verpflichtet sich gegenüber der Anbieterin, nur Inhalte einzustellen oder zu versenden, an denen er die Verwertungsrechte hat, sowie keine strafbaren oder sonst absolut oder im Verhältnis zu einzelnen Dritten rechtswidrigen Inhalte und Daten einzustellen und keine Viren oder sonstige Schadsoftware enthaltenden Programme/Dateien im Zusammenhang mit der Software zu nutzen. Insbesondere verpflichtet er sich, die Software nicht zum Angebot rechtswidriger Dienstleistungen zu nutzen.
3. Der Nutzer verpflichtet sich in diesem Zusammenhang, die Anbieterin von jeder Haftung und jeglichen Kosten, einschließlich möglicher und tatsächlicher Kosten eines gerichtlichen Verfahrens, freizustellen, falls die Anbieterin von Dritten, auch von Mitarbeitern des Nutzers persönlich, infolge von behaupteten Handlungen oder Unterlassungen des Nutzers in Anspruch genommen wird. Die Anbieterin wird den Nutzer über die Inanspruchnahme unterrichten und ihm, soweit dies rechtlich möglich ist, Gelegenheit zur Abwehr des geltend gemachten Anspruchs geben. Gleichzeitig wird der Nutzer die Anbieterin unverzüglich alle ihm verfügbaren Informationen über den Sachverhalt, der Gegenstand der Inanspruchnahme ist, vollständig mitteilen.
4. Der Nutzer stellt die Anbieterin von sämtlichen Ansprüchen frei, die andere Nutzer oder sonstige Dritte gegenüber der Anbieterin wegen der Verletzung ihrer Rechte durch Leistungen des Nutzers oder sonstigen übermittelten Inhalten oder Informationen geltend machen. Dies gilt nicht, soweit die Anbieterin die Rechtsverletzung zu vertreten hat.
5. Darüber hinausgehende Schadensersatzansprüche von der Anbieterin bleiben unberührt.

§ 8 Verfügbarkeit

1. Die Verfügbarkeit der Plattform (Webseite/App-IOS/Android) hängt von verschiedenen technischen Ausstattungen des Nutzers ab. Um alle Leistungen in vollem Umfang nutzen zu können und auf Informationen zugreifen zu können, sind geeignete technische Hilfsmittel (PC, Tablet, Handy und - ganz entscheidend - der Internetzugang) erforderlich.
2. Aus technischen Gründen kann keine ununterbrochene Verfügbarkeit der digitalen Inhalte gewährleistet werden. Die Verfügbarkeit kann zum Beispiel durch regelmäßig notwendige Wartungs- und Sicherheitsarbeiten, aber auch durch unvorhergesehene Ereignisse, die nicht im Einflussbereich JobBuffers liegen, beeinträchtigt werden. Geplante Arbeiten, die zur Beeinträchtigung der Verfügbarkeit führen, werden durch JobBuffer, soweit möglich, in niedrig frequentierten Zeiten durchgeführt. Die Darstellungsqualität der digitalen Inhalte kann zudem von Gerät zu Gerät variieren und durch die Geschwindigkeit der Internetverbindung des Nutzers sowie anderen Faktoren abhängig sein. Insoweit kann JobBuffer nicht für Abweichungen haftbar gemacht werden.
3. Der Nutzer ist verpflichtet, Funktionsausfälle, -störungen oder -beeinträchtigungen der Software unverzüglich und so präzise wie möglich bei der Anbieterin anzuzeigen. Unterlässt der Nutzer diese Mitwirkung, gilt § 536c BGB entsprechend.
4. Resultieren Schäden des Nutzers aus dem Verlust von Daten, so haftet JobBuffer hierfür nicht, soweit die Schäden durch eine regelmäßige und vollständige Sicherung aller relevanten Daten durch den Nutzer vermieden worden wären.

§ 9 Schlichtungsservice

1. Die Anbieterin legt großen Wert auf das Vertrauen der Nutzer in die auf der Plattform getätigten Transaktionen. Die Anbieterin wird sich deshalb im Streitfall um eine Schlichtung nach den nachfolgenden Bestimmungen bemühen:
2. Jeder Nutzer ist im Streitfall mit einem anderen Nutzer berechtigt, den Sachverhalt an die Anbieterin mittels einer Beschwerde mitzuteilen.
3. Die Anbieterin wird sodann den Sachverhalt zusammentragen und dazu gegebenenfalls mit beiden Nutzern in Kontakt treten.
4. Die Anbieterin wird sodann innerhalb von zwei Wochen nach Eingang der Beschwerde den Sachverhalt abschließend prüfen und beiden Parteien einen Lösungsvorschlag unterbreiten.
5. Zur Unterbreitung des Lösungsvorschlages ist die Anbieterin berechtigt, sich juristischen Rat einzuholen und dafür den Sachverhalt an einen schweigepflichtigen Rechtsanwalt zu übermitteln. Die Einholung eines Rates ist nicht mit zusätzlichen Kosten für die Nutzer verbunden.
6. Auf die tatsächliche Schlichtung einer Streitigkeit haben die Nutzer keinen Rechtsanspruch.
7. **Allgemeine Informationspflichten zur alternativen Streitbeilegung nach Art. 14 Abs. 1 ODR-VO und § 36 VSBG (Verbraucherstreitbeilegungsgesetz):**
Die europäische Kommission stellt eine Plattform zur Online-Streitbeilegung (OS) zur Verfügung, die Sie unter dieser Adresse finden: <http://ec.europa.eu/consumers/odr/>. Zur Teilnahme an einem Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle ist die Anbieterin nicht verpflichtet und auch nicht bereit.

§ 10 Datenzugang

1. Die Anbieterin hat durch das Betreiben der Plattform Zugriff auf folgende Kategorien von Daten, dabei handelt es sich sowohl um Daten mit als auch um solche ohne Personenbezug:
 - Accountdaten
 - Adress-/Kontaktdaten
 - Zugriffsdaten
 - Stellenausschreibungen
 - Bewerbungen nebst Bewerbungsunterlagen
2. Den ausschreibenden Unternehmen werden die folgenden Kategorien von Daten zur Verfügung gestellt, die im Zusammenhang mit der Nutzung der Plattform generiert werden:
 - Accountdaten (des Unternehmens)
 - Accountdaten (der Bewerber) – soweit sie zur Abwicklung einer Bewerbung erforderlich sind
 - Daten der Stellenausschreibungen (inkl. hochgeladene Lebensläufe/Bewerbungsunterlagen der Bewerber auf deren Wunsch)
3. Die unter § 10 Nr. 1 genannten Kategorien von Daten stellt die Anbieterin teilweise Dritten zur Verfügung, die diese Daten für die weitere Bereitstellung bzw. Weiterentwicklung und Analyse der Plattform verwenden:
 - Zahlungsdiensten
 - CRM- und Marketing-Software/Dienstleistern
 - Statistik- und Analyse-Software/Dienstleistern

§ 11 Schlussbestimmungen

1. Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages ganz oder teilweise unwirksam oder nichtig sein oder werden, so wird dadurch die Wirksamkeit des Vertrages im Übrigen nicht berührt, insoweit ein Vertragspartner hierdurch nicht unangemessen benachteiligt wird.
2. Sofern der Nutzer Verbraucher ist und seinen Wohnsitz in der Europäischen Union (EU) hat, ist der Gerichtsstand der Wohnsitz des Nutzers. Sollte der Verbraucher

keinen Wohnsitz in der EU haben oder nach Vertragsabschluss seinen Wohnsitz ins EU-Ausland verlegen oder sollte sein Wohnsitz zum Zeitpunkt der Klageerhebung nicht bekannt sein, ist Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus und im Zusammenhang mit dem Vertragsverhältnis der Sitz der Anbieterin. Dies gilt nicht bei abweichenden Regelungen des Landes, in dem der Verbraucher seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat.

3. Der zwischen den Parteien abgeschlossene Vertrag unterliegt ausschließlich dem Recht der Bundesrepublik Deutschland unter ausdrücklichem Ausschluss des UN-Kaufrechts. Unberührt davon bleiben die zwingenden Bestimmungen des Staates, in dem der Verbraucher seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat.
4. Die Vertragssprache ist deutsch. Ein Vertragstext wird nicht gespeichert. Die AGB können vom Nutzer jederzeit auf der Internetseite der Anbieterin eingesehen und über den Browser ausgedruckt werden.